



Finanzministerin Karin Keller-Sutter wird selbst in bürgerlichen Kreisen Mühe haben, ihr Entlastungspaket 27 durchzubringen.

FOTOS: KEVSTONE

Ein Sparpaket für die Galerie?

Das Entlastungspaket des Bundesrates hat viele **mächtige Gegner**. So ist unklar, wie die Finanzministerin es durchsetzen könnte.

ANDREAS VALDA

Es sei ja gut gemeint und das Anliegen wichtig, heisst es reihum über das Sparpaket des Bundesrates. Die Staatsausgaben sollen in den kommenden drei Jahren um 2,7 bis 3,6 Milliarden Franken jährlich reduziert werden. Die Absicht ist, ein drohendes, strukturelles Defizit in ungefähr der gleichen Höhe zu vermeiden. Der Hauptposten, der für eine Erhöhung des Budgets sorgt, ist die Aufrüstung der Armee. Aber auch die 13. AHV-Rente muss finanziert werden. Die Schuldenbremse macht die ganze Übung notwendig. Um rund 3 Milliarden jährlich zu sparen, müssten Gesetze umgeschrieben und Subventionen per Dekret reduziert oder gestrichen werden. Weniger Klimaschutz-

Die grössten Posten des Sanierungspakets

Auszug aus der Liste der 59 Spar- und Besteuerungsmassnahmen des Entlastungspakets 27 des Bundesrates (verwandte Positionen sind zusammengezogen), in Millionen Franken pro Jahr, ab 2027

Betroffene Kreise	Sparen oder besteuern (+)
Gewerbe, Eigentümer mit Gebäudesanierungen (Klimasubventionen)	-372
ÖV-Kundschaft, Bahnen und Kantone*	-288
Kantone zur Asylintegration	-243
Gewerbe, Arbeitgeber, Fachhochschulen, Forschung und Innovation**	-241
Kantone mit Hochschulen (Studium)	-148
Kantone, Gemeinden, Agglomerationsverkehr, Strassen, Trams***	-100
Pensionierte, Vorsorgebranche (Banken, Fonds, Beratung)****	+160

* Bahninfrastrukturfonds (BIF), Defizitdeckung Betrieb, Nachtzüge. ** inkl. ETH, Schweizer Nationalfonds und Innosuisse. *** National- und Agglomerationsfonds. **** Mehrbesteuerung ab 2028. QUELLEN: EFD, BERECHNUNGEN HZ

ANZEIGE

Projektleitung für

Domizilwechsel
Büro-Bau

von der Immobilienbeschaffung bis und mit Umzug nur eine Schnittstelle
Hagen Project, www.hagen.ch

ventionen, Entwicklungshilfe, Kultur- und Umweltgelder. Ein Hauch von Trump weht durch die Gänge des Bundeshauses – wenn auch schweizerisch zivilisiert und fein gelistet samt Rechtsgrundlagen: 57 Sparmassnahmen und 2 Mehreinnahmen stehen zur Debatte. Doch ob die je umgesetzt werden, ist eine ganz andere Frage. Denn 59 Massnahmen vorzuschlagen, heisst, 59 Widerstandsgruppen zu mobilisieren, darunter starke Lobbys wie jene des öffentlichen Verkehrs, der Vorsorgebranche, der Bildung, des Gewerbes, der Arbeitgeber und der Kantone. Ob das gut gehen kann?

Eine der 59 Massnahmen ist Karin Keller-Sutters Idee, die Kapitalbezüge der zweiten und dritten Säule stärker zu besteuern. Eigentlich läuft das unter dem Titel Abbau der Subventionen für Pensionierte. Doch selbst Keller-Sutters Partei, die FDP, liess früh verlauten, dass sie einen so gedachten Subventionsabbau bekämpfen werde, notfalls per Referendum. Ende Januar, als das Entlastungspaket in die Vernehmlassung verschickt wurde, doppelte der Wirtschaftsverband Economiesuisse postwendend nach, dass er diese Höherbesteuerung ablehne, weil sie keine «Lösung eines Ausgabenproblems» sei. Unerwähnt liess er, dass Keller-Sutter einen Subventionsabbau, so wie mit den weiteren 58 Massnahmen, anstrebe.

Ähnlich harsche Kritik dürfte vonseiten anderer betroffener Kreise auf den Bundesrat einhageln. Die «Handelszeitung» hat die grössten sieben Sparposten identifiziert und die Betroffenen gefragt, was sie von den Abbauplänen halten. Das Ergebnis ist ernüchternd. Sie alle wollen das Paket bekämpfen, zuerst im Parlament und notfalls in einer Volksabstimmung. Auffallend: Nicht nur linke Kreise stehen im Vordergrund, sondern auch gutbürgerliche. Beispiel Bundessubventionen ans kantonale Gebäudeprogramm. Vereinfacht geht es um die Energiesanierung des veralteten Gebäudeparks Schweiz. Bauherren erhalten Zuschüsse an energetische Renovationen. Hier will Karin Keller-Sutter 372 Millionen Franken jährlich einsparen. Das Geld stammt aus der CO₂-Abgabe.

Die Subvention generiert Aufträge im Ausbaugewerbe, und dieses stellt Keller-Sutters Sparidee entsprechend infrage. «Wir werden den Kampf gegen diese Massnahme aufnehmen», sagt André Schreyer, Direktor des Verbandes Gebäudehülle Schweiz. Man werde sich mit anderen Verbänden gegen die Absichten des Bundes zur Wehr setzen. Drei potente Verbände sind mit dabei: Swisscleantech, Bauenschweiz und AEE Schweiz, die durch sieben Mitglieder im Parlament vertreten sind. Allein AEE Schweiz organisiert 40 Verbände und 600 Unternehmen.

Am zweitmeisten soll beim öffentlichen Verkehr gespart werden. Die Sparvorschläge seien «vollkom-

men unausgewogen» und nur realisierbar mit einem Abbau des Angebots, «vor allem in ländlichen Regionen», sagt Ueli Stückelberger, Direktor des Verbands öffentlicher Verkehr. Ein Referendum dagegen sei «denkbar», zusammen mit anderen Verbänden. «Da würden wir sicher mitmachen.» Der Verband hat 130 Transportunternehmen und 180 Firmen aus Wirtschaft und Industrie. Mitte-Partei-Verkehrspolitiker Martin Candinas sagt: «Gegen einen solchen Angebotsabbau im ÖV werden wir uns dezidiert wehren.»

Lehrlinge und Berufsleute betroffen

Am viertmeisten soll bei der Bildung und Innovation gespart werden, etwa bei Bundeszuschüssen für die berufliche Aus- und Weiterbildung. Der Gewerbeverband sammelt die Protestvoten. Ein Beispiel ist der Arbeitgeberverband der Metall- und Landtechnikbranche, AM Suisse. 1850 Mitgliedsfirmen sind dort

Diese vier Lobbygruppen dürften das Sparpaket zu Fall bringen

Bildung und Innovation

In der beruflichen Aus- und Weiterbildung sowie in der Hochschulbildung, Forschung und Innovationsförderung stehen grosse Kürzungen im Raum. Die Arbeitgeber- und Berufsverbände, die Kantone und die ETH opponieren stark.



Vorsorgebranche Die Höherbesteuerung des Kapitalbezugs der zweiten und dritten Säule stösst auf viel Gegenwehr. Die FDP und die Branche haben ein Referendum angekündigt.

ÖV-Branche

Der Verband öffentlicher Verkehr hat eine starke Lobby im Parlament, die sich mit den Kantonen gegen Kürzungen zur Wehr setzt.



Kantone Der Bundesrat will 1 Milliarde Franken Finanzlast auf die Kantone überwälzen; unter anderem in den Bereichen Asylbetreuung, Gebäudesanierung und beim Lastenausgleich. Mindestens acht Kantone könnten zusammen ein Referendum ergreifen.

organisiert, die 25 000 bis 30 000 Leute beschäftigen und 5000 Lehrlinge ausbilden. «Es wäre eine Bankrott-erklärung der Schweiz, bei der beruflichen Aus- und Weiterbildung zu sparen», sagt Verbandsdirektor Bernhard von Mühlenen. Die Berufsbildung sei gesetzlich eine Verbundaufgabe und der Bund ein Teil davon. «Sollte der Bund daran festhalten, wird unser Verband ein Referendum dagegen unterstützen», so von Mühlenen. Dafür werde man sich mit dem Arbeitgeber- und dem Gewerbeverband koordinieren.

Weil bei allen grossen Sparposten die Kantone mitbetroffen sind, dürfte der grösste Widerstand dem Bund von ihrer Seite erwachsen. Allein im Asylbereich will Keller-Sutter 243 Millionen zur Integration von Asylbewerbern sparen. Die nationale Sozialdirektorenkonferenz (SODK) wird sich zur Wehr setzen. Sie pocht auf die Volksabstimmung von 2016 zum Asylgesetz, wo das Volk bestimmt hat, dass der Bund die Asylinegration unterstützt. «Wenn das Sparpaket in dieser Form verabschiedet wird, so wird es klar im Interesse der Kantone sein, zu opponieren», sagt der SODK-Präsident Mathias Reynard.

Asyl, Unis, Bahnen, Strassen, Klimasanierungen, soziodemografischer Lastenausgleich – alles zulasten der Kantone? Der Präsident der Finanzdirektorenkonferenz, Ernst Stocker, sagt, er könne die Haltung der Kantone nicht vorwegnehmen, sie werde am 13. März publiziert. Aber er hält fest, dass der Bund seine eigenen Ausgaben in den Griff kriegen müsse. «Die Sanierung der Bundesfinanzen darf nicht auf Kosten der Kantone erfolgen.»

Steuererhöhungen als Folge

Nach erfolgter Auswertung der Vernehmlassung wird der Bundesrat über eine Botschaft ans Parlament entscheiden. Die Vorlage wäre ein Sammelerguss, der an der Urne bekämpft werden könnte. Das Parlament könnte ihn aber aufschneiden. FDP-Nationalrat Christian Wasserfall erklärt, die grosse Frage werde sein, «ob es eine Opfersymmetrie geben kann oder nicht».

Die zuständige Eidgenössische Finanzverwaltung (EFV) verteidigt das Vorhaben. «Die grossen Milliardendefizite, die in der Zukunft absehbar sind, bleiben bestehen – und müssen zur Einhaltung der Schuldenbremse gelöst werden.» Es brauche eine nachhaltige Finanzierung der AHV und der Armee. Raufe sich das Parlament nicht zusammen, werde es für alle teurer. «Sollte das Entlastungspaket 27 nicht vollständig umgesetzt werden können, müsste man über Steuererhöhungen diskutieren», sagt ein EFV-Sprecher. In diesem Licht erscheint Karin Keller-Sutters Vorhaben als ein Zwischenschritt, um das Publikum auf Steuererhöhungen einzustimmen.